

Kleine Anfrage

des Abg. Karl Rombach CDU

UM
StM

Endlagersuche für radioaktive Abfälle

Ich frage die Landesregierung

1. Will sie an der vom Ministerpräsidenten angestoßenen ergebnisoffenen bundesweiten Suche nach einer Endlagerstätte für radioaktive Abfälle festhalten?
2. Ist dieser Vorschlag nicht bereits gescheitert, nachdem die rot-grüne Landesregierung in Niedersachsen den bisher geplanten Standort Gorleben kategorisch aus dem Kreis der zu untersuchenden möglichen Lagerstätten ausschließt?
3. Wenn ja, wird sie jetzt auch von ihrem Angebot absehen, in Baden-Württemberg nach möglichen Standorten zu suchen und diese erkunden zu lassen?
4. Wenn nein, wie will sie diese Haltung den baden-württembergischen Bürgern erklären?
5. Welche Gebiete in Baden-Württemberg kommen nach ihrer Auffassung aus der Sicht von Geologie und Seismologie, des Umwelt- und Grundwasserschutzes, der Verkehrsinfrastruktur sowie des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung als mögliche, im Verfahren laut Frage 1 zu untersuchende Standorte in Betracht?

14.02.2013

Rombach CDU

Begründung

Nach der Koalitionsvereinbarung der neuen rot-grünen Landesregierung in Niedersachsen zur Endlagerstätte Gorleben muss die Landesregierung in Baden-Württemberg dem Parlament und den Bürgern die Frage beantworten, ob der gut gemeinte Vorschlag des baden-württembergischen Ministerpräsidenten, ein bundesweites ergebnisoffenes Suchverfahren nach einem geeigneten Endlager in Gang zu setzen, nicht schon gescheitert ist. Den Bürgern Baden-Württembergs ist es nicht zu erklären, weshalb die niedersächsische Landesregierung einen existierenden Standort von vornherein für das Verfahren ausschließt, während die baden-württembergi-

sche Landesregierung von sich aus die Möglichkeit eines Standorts in Baden-Württemberg weiter anbietet.